

Nr. 37451J II-7500 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen
des Nationalrates XVII. Gesetzgebungsperiode
1989 -05- 17 DRINGLICHE ANFRAGE

der Abgeordneten Dr. Gugerbauer, Dr. Partik-Pablé
an den Bundeskanzler
betreffend Noricum-Waffenaffäre

Im Zusammenhang mit der Erhebung der schriftlichen Anklage gegen 18 Beschuldigte durch die Staatsanwaltschaft Linz kam es zu umfassenden Berichten in den Medien. Dabei wurden wiederholt längere Passagen der Anklageschrift wörtlich zitiert; für die Öffentlichkeit wurde damit erkennbar, daß es im Rahmen des Noricum-Skandals nicht nur zu Schmiergeldzahlungen in der Höhe von 770 Millionen Schilling, sondern auch zur Gefährdung, ja sogar zur Verletzung der österreichischen Neutralität, kam.

Die VÖEST-Tochter Noricum lieferte in den Jahren 1985 - 1987 Kanonen und Munition an den kriegführenden Iran. Zur Umgehung des Kriegsmaterialengesetzes war diese Lieferung offiziell an Libyen adressiert, weswegen vom Bundesministerium für Inneres auch die Exportgenehmigung erteilt wurde.

Der österreichische Botschafter in Athen, Herbert Amry, hat aufgrund von Informationen eines Waffenhändlers vier Telexe über das Iran-geschäft nach Wien geschickt, die dem Bundeskanzleramt, dem Außenministerium, dem Innenministerium und dem Verstaatlichten-Ministerium zur Kenntnis gebracht wurden. Am Abend nach der Absendung des vierten Fernschreibens ist Botschafter Herbert Amry in Athen an einem "Herzinfarkt" gestorben.

Nach heutigem Wissensstand ist davon auszugehen, daß dem amtierenden Finanzminister Dkfm. Ferdinand Lacina in seiner damaligen Funktion als Verstaatlichter-Minister, sowie dem ehemaligen Bundeskanzler Dr. Fred Sinowatz, dem ehemaligen Außenminister Mag. Leopold Gratz und dem ehemaligen Innenminister Karl Blecha Verdachtsmomente über Verletzung der

Neutralität und Mißachtung strafrechtlicher Bestimmungen im Zusammenhang mit dem Noricum-Waffendeal bekannt waren.

Nach den Bestimmungen des Kriegsmaterialiengesetzes ist im Rahmen des Genehmigungsverfahrens von Waffenexporten auch der Bundeskanzler zu hören.

In diesem Zusammenhang richten die unterfertigten Abgeordneten an den Herrn Bundeskanzler die

A n f r a g e :

1. Halten Sie die strenge Respektierung der österreichischen Neutralität bei allfälligen künftigen Waffenexporten für wichtig?
2. Ist Ihnen bekannt, daß die österreichische Neutralität im Zusammenhang mit dem Noricum-Waffen-Deal verletzt wurde?
3. Halten Sie im Zusammenhang mit dieser Neutralitätsverletzung eine Aufarbeitung der politischen Entscheidungsmechanismen für erforderlich?
4. Glauben Sie, daß dieser Aspekt (siehe Punkt 3) vom Landesgericht Linz hinreichend aufgearbeitet wird?
5. Ist es zutreffend, daß Sie im Herbst 1987 im Rahmen einer Ministerratssitzung den Justizminister gefragt haben, wie lange dieser den Noricum-Waffenskandal durch Enthüllungen der Linzer Gerichtsbehörden noch eskalieren lassen wolle?
6. Ist Ihnen bekannt, daß der ehemalige Generaldirektor der CA-BV, Dr. Hannes Androsch, am 9.2.1987 erklärt hat, daß im Zusammenhang mit dem Iran-Waffengeschäft bei der CA-BV ein "Millionen-Konto" eingerichtet war, wobei die Überprüfungs- und Genehmigungsvorgänge über den Tisch des damaligen Finanzministers, Dr. Franz Vranitzky, gelaufen seien?
7. Ist Ihnen bekannt, daß der SPÖ-Sprecher, Abg. Elmecker, laut Bericht der Wiener Zeitung im Rahmen der Parlamentsdebatte am 5.4.1989 erklärte, daß in das Genehmigungsverfahren des Libyengeschäftes auch der Finanzminister eingebunden gewesen sei?

3

8. Waren Sie in Ihrer Funktion als Finanzminister über Umfang der Schmiergeldzahlungen in der Höhe von 770 Millionen Schilling informiert oder ist Ihnen dieser Sachverhalt in Ihrer jetzigen Stellung als Bundeskanzler bekannt geworden?
9. Ist die Meldung der Kronen-Zeitung vom 14.5.1989 richtig, wonach Ihnen der Justizminister der Republik Österreich "mündlich und schriftlich" attestiert hat, daß Sie als seinerzeitiger Finanzminister "mit der ganzen Sache" nichts zu tun hatten?